

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Katrin Fuchs MdB zur Klage der SPD-Fraktion gegen den Somalia-Einsatz der Bundeswehr: Militäreinsätze sind keine "humanitäre Aktion".

Seite 1

Rudolf Bindig MdB zum Verlauf der Wiener Weltmenschenrechtskonferenz der Vereinten Nationen: Der große Durchbruch wird nicht erreicht.

Seite 3

Margitta Terborg MdB zu den Forderungen von Ministerpräsidenten, länger zu arbeiten: Arbeitszeitverlängerung schafft Arbeitslosigkeit.

Seite 5

48. Jahrgang / 115

21. Juni 1993

Militäreinsätze sind keine "humanitäre Aktion"

Zur Klage der SPD-Fraktion gegen den Somalia-Einsatz der Bundeswehr

Von Katrin Fuchs MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Der Antrag auf Einstweilige Anordnung gegen den Somalia-Einsatz der Bundeswehr ist dringend geboten, um das Leben unserer Soldaten zu schützen. Er ist nötig, um die Bundesregierung in puncto Bundeswehr-Auftrag wieder auf den rechtsstaatlichen Weg zurückzubringen.

1. Die Bundesregierung bezeichnet die neueren Auslandseinsätze der Bundeswehr, auch die Operation in Somalia, als humanitäre Hilfsmaßnahme. Sie täuscht damit Parlament und Öffentlichkeit.

Die AWACS-Einsätze über Bosnien und die geplante Somalia-Aktion haben mit bisher praktizierten Einsätzen der Bundeswehr im Bereich der Katastrophenhilfe nichts gemein. Die Formel "humanitäre Aktion" wird jetzt zur Verschleierung dieser Militäreinsätze benutzt, weil die Bundesregierung weiß, daß neben den klassischen Verteidigungsaufgaben nur die humanitären Einsätze der Bundeswehr rechtlich zulässig sind.

2. Mit dem Etikett humanitärer Einsatz bagatellisiert die Bundesregierung die Gefahren, denen unsere Soldaten ausgesetzt sind.

Tatsache ist: gerade der geplante Einsatz in Somalia wird immer brisanter. Bundeswehr-Einheiten sollen Logistik-Aufgaben für eine indische Kampfbrigade übernehmen, die in den Norden des Landes vorrücken und Befriedungsaktionen durchführen soll. Sie werden damit auch zur möglichen Zielscheibe von bewaffneten Angriffen.

Das Material für die Truppe wird über Mogadischu angeliefert. Schweres Gerät muß auf dem Landweg über eine Strecke von 130 Kilometer transportiert werden. In Mogadischu und Umgebung wird gegenwärtig geschossen. Auch dies also eine Gefahrenquelle.

Statt sich damit auseinanderzusetzen, schreibt das Verteidigungsministerium in einem Werbeblättchen: "Mogadischu ist weit weg" und berichtet über die gemütlichen Bierabende in Belet Huen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120409

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemalpaier-Übergang
mit normaler Rohstoffem
Recycling-Papier



3. Die Bundesregierung macht inzwischen keinen Hehl mehr daraus, daß sie "Kampfeinsätze" der Bundeswehr ohne geographische Beschränkungen anstrebt.

Da sie aber dafür keine ausreichende parlamentarische Mehrheit hat, versucht sie ihr Ziel auf dubiose Weise zu erreichen. Die Öffentlichkeit soll schrittweise an die neue Lage gewöhnt werden.

Das Strickmuster dieser Taktik ist unverkennbar: Das Einsatzspektrum der Bundeswehr wird ständig erweitert und immer näher an eigentliche Kampfaufträge herangeführt. Bisherige Stationen:

- In Kambodscha haben Bundeswehr-Sanitäter eine doppelte Aufgabe: Sie sind eindeutig den UN-Blauhelmen zugeordnet, für die sie medizinische Dienste übernehmen; zugleich leisten sie medizinische Hilfe für die Bevölkerung.
- In der Adria beteiligen sich deutsche Schiffe an der Überwachung des Embargos gegen Rest-Jugoslawien.
- In Bosnien haben deutsche Piloten in den AWACS-Flugzeugen Leitfunktion für Kampfflugzeuge der NATO übernommen.
- In Somalia sind die 1700 Soldaten, darunter Infanteristen mit gepanzerten Fahrzeugen, als Logistikeinheit Kampfverbänden direkt zugeordnet.

4. Das Ziel der gegenwärtigen Bundeswehr-Einsätze ist weniger von sachlichen Erfordernissen als von den außenpolitischen Ambitionen der Regierung bestimmt.

Der Somalia-Einsatz ist dafür besonders typisch:

Bei den von Boutros-Ghali und den UN-Einrichtungen anfänglich gemachten Einsatzvorschlägen - Aufbau einer somalischen Polizei, Rückführung von Flüchtlingen, Sicherung des Hafens von Mogadischu, wurde abgewunken. Diese Operationen waren der Bundesregierung nicht spektakulär genug.

Nun sollen Logistikaufgaben übernommen werden. Dafür gilt: keine Kampfbrigade kann ohne solche Unterstützung auskommen. Deutsche Soldaten sind damit mittelbar an kriegerischen Handlungen beteiligt.

Daß humanitäre Hilfe im wesentlichen Vorwand für die Regierung ist, wird offenkundig, wenn Minister Rühle erklärt, der Verband solle "im Rahmen verfügbarer Kapazitäten" auch humanitäre Hilfe leisten.

5. Die Bundesregierung spricht davon, daß unser Land außenpolitischen Schaden nähme, würden die deutschen Soldaten nicht nach Somalia gehen. Aber gerade nach der jüngsten Konflikteskalation dort, muß gesagt werden: Es gehört nicht zu den Rechten und Pflichten aus unserer UN-Mitgliedschaft, diese Aktionen zu billigen und noch weniger, uns daran zu beteiligen.

Ein Rückzug der Bundeswehr würde möglicherweise peinlich werden. Aber diesen außenpolitischen Schaden haben ausschließlich der deutsche Außen- und der deutsche Verteidigungsminister zu verantworten.

Für uns wiegt mehr, welcher Schaden der Rechtsstaat durch die Politik der Regierung nimmt.

Über allem aber steht für uns, daß Leib und Leben unserer Soldaten nicht fahrlässig aufs Spiel gesetzt werden dürfen!

6. Die jüngsten Vergeltungsaktionen drohen, das humanitäre und friedenserhaltende Ziel der UNO-Mission zum Scheitern zu bringen.

Jetzt werden wir mit Schlagzeilen konfrontiert, die vor kurzem noch undenkbar erschienen: "Massive Luftangriffe der UNO", "Blauhelme schießen in Menschenmenge".

Wenn die UNO schon innere Ordnungsfunktionen in dieser Konfliktregion übernehmen will,

dann muß sie auf die Zustimmung der betroffenen Menschen bzw. Menschengruppen bauen. Dieser Kredit ist nunmehr gefährdet. Die UNO darf nicht Kriegspartei oder Besatzungsmacht werden. Sonst werden Haß und Mißtrauen nur stärker.

Außerdem: Jetzt zeigen die großen Nationen Stärke. Wo waren sie, als sich in Somalia das Masseneind ausbreitete und der Staat mehr und mehr zerfiel? Mehr noch:

- * Auch westliche Regierungen lieferten die Waffen, mit denen das Gemetzel am Horn von Afrika ausgetragen wurde.
- * Eine Wirtschaftspolitik, die zur Finanzierung dieser Waffenkäufe auf Exporte setzte und dabei die Ressourcen des Landes rigoros ausplünderte, war willkommen, weil sie uns billige Lebensmittel bescherte. Die Ausblutung des Landes bereitete aber erst den Boden für die aufkeimenden Banden- und Stammesfehden.

Die Menschen in Afrika werden zu Recht fragen, wann endlich die reichen Nationen damit anfangen, rechtzeitig zu helfen, statt viel Geld für aufwendige Militäreinsätze aufzubringen.

(-/21. Juni 1993/rs/tr)

Der große Durchbruch wird nicht erreicht

Zum Verlauf der Wiener Weltmenschrechtskonferenz der Vereinten Nationen

Von Rudolf Blindig MdB

**Sprecher der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der SPD-
Bundestagsfraktion und Mitglied der deutschen Delegation auf der
Menschenrechtskonferenz**

Die Durchsetzbarkeit der UN-Menschenrechtsorgane auszubauen und zu stärken ist die dringende Aufgabe der Wiener Weltmenschrechtskonferenz. Die Erwartungen richten sich auf die Einrichtung eines Hochkommissariats für Menschenrechte, die Schaffung eines internationalen Menschenrechtsgerichtshofs, eines internationalen Strafgerichtshofs und die Entwicklung eines Strafkodex für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie eine stärkere Beachtung der geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen an Frauen.

Nach einer Woche von Reden und Verhandlungen, in der die verschiedenen Ländergruppen ihre Positionen formuliert haben, scheint von der Erreichung dieser Ziele wenig übrig zu bleiben. Die Weltmenschrechtskonferenz droht sich festzufahren in einer Selbstblockade zwischen den Staaten, die auf einen Ausbau und eine Festigung der bestehenden Menschenrechtsinstitutionen drängen und einer kleinen Gruppe von Staaten, welche die nach dem Abbau des Ost-West-Gegensatzes überwunden geglaubten Formeln der "Nichteinmischung" und "Unverletzlichkeit der Souveränität" in der Form neuartiger kultur- und religionsgebundener Menschenrechtsvorstellungen wieder aufleben lassen wollen. An die Stelle der Universalität der Menschenrechte soll ein östliches, ein asiatisches oder islamisches Menschenrechtsverständnis treten. Dies wäre ein Rückschritt gegenüber den schwierigen Bemühungen, ein universelles Menschenrechtsverständnis auch operativ im UN-System zu verankern und auszubauen.

Mit der Zielsetzung, die Konferenz zu einem Erfolg zu führen, haben die Redner der westlichen Staaten die brutale Realität von Unterdrückung, Verfolgung, Folter und Tod oftmals mehr in diplomatischer Sprache angegangen, als die Verantwortlichen für Brutalität und Terror direkt anzusprechen. Diese Strategie kann allenfalls dann sinnvoll sein, wenn das erklärte Ziel eines Ausbaus und der Stärkung der Menschenrechtsaktivitäten der UN noch erreichbar erscheint. Je mehr eine kleine Gruppe unwilliger Staaten den UN-Menschenrechtsprozeß stoppen will, desto deutlicher müßte die wirkliche Menschenrechtslage in etlichen Staaten auf der Konferenz angesprochen werden und die Einrichtung der neuen Gremien (Hochkommissar für Men-

schenrechte, internationaler Strafgerichtshof, internationaler Menschengenrichtshof) prägnant gefordert werden. Die Reden und Stellungnahmen haben erkennen lassen, daß eine deutliche Mehrheit der Länder bereit ist, Fortschritte zur Stärkung der UN-Menschenrechtsaktivitäten zu unterstützen.

Kinkel ehlt sich in der Frage des präventiven Menschenrechtsschutzes

Die Forderung, wesentlich mehr im UN-System für den präventiven Menschenrechtsschutz zu tun, bleibt leider meistens auch im Deklaratorischen stecken. So sehr es richtig ist, daß die Vereinten Nationen innerhalb ihres Budgets die Finanzmittel zur Stärkung des Menschenrechtszentrums in Genf umschichten müssen, so einsichtig ist die Forderung, daß präventiver Menschenrechtsschutz konkrete Programme zum Ausbau des Justizwesens, unabhängiger Gerichte und Festigung des Menschenrechtsgedankens im Bildungswesen erfordert und daß dafür zusätzliche Mittel bereit gestellt werden müssen. Während andere westliche Länder konkret hierzu Angebote vorgetragen haben, hat der deutsche Außenminister sich nur zur notwendigen Umschichtung im UN-Budget geäußert.

Die Bundesregierung hätte hierzu auch eigene Maßnahmen planen und ankündigen können, in dem für den weltweiten präventiven Menschenrechtsschutz Mittel eingesetzt werden aus der technischen Zusammenarbeit der Entwicklungshilfe und den bereits jetzt enormen Kosten, die für aktuelle Krisen ausgegeben werden müssen. Neben dem deutlichen Bekenntnis des Außenministers für die Einrichtung eines Hochkommissariats für Menschenrechte war die Information über die Ratifikation des Ersten Zusatzprotokolls zum ZWlpakt die einzige konkrete Maßnahme, die die Bundesregierung genannt hat. Dieser Erfolg konnte allerdings nur deshalb bekannt gemacht werden, weil das Parlament die Ratifikation dieses Abkommens gegen einen inhaltlichen Widerstand der Bundesregierung durchgesetzt hat.

Wesentlich prägnantere Aussagen hätte der deutsche Außenminister zur Problematik von Menschenrechtsverletzungen an Frauen machen müssen. Er hat es versäumt, ein klares Bekenntnis zur Einrichtung eines Sonderbeauftragten für Menschenrechtsverletzungen an Frauen abzugeben, sondern hat nur in der indirekten Form referiert, daß sich ein UN-Gremium mit dieser Frage beschäftige.

In den Begleitveranstaltungen der Nichtregierungsorganisationen (NGO's) kommt die wirkliche Lage der Menschenrechte auf der Welt deutlich stärker zum Ausdruck, als dies auf der offiziellen Weltmenschrechtskonferenz der Staaten geschieht. In den Nicht-regierungsorganisationen sind vielfältig Menschen engagiert, die unter Einsatz von Leib und Leben in zäher Kleinarbeit gegen Verfolgung und Unterdrückung kämpfen. Da repressive Regime eine verstärkte Mitwirkung der NGO's "befürchten", müssen die westlichen Ländern umso stärker darauf bestehen, daß gerade diese Betroffenen ihre Erfahrungen in die Beratungen einbringen können. Sie sind es, die das natürliche Gegengewicht zur abstrakten Welt der Diplomatie bilden können. Ihre Mitwirkung in den Gremien, die die Schlußdokumente vorbereiten, ist besonders wichtig.

Beeindruckend ist die starke Präsenz von Frauenthemem auf den Veranstaltungen des Parallelprogramms der NGO's. Auf dem Frauentribunal am 15. Juni 1993 haben über dreißig Frauen aus allen Teilen der Welt in sehr bewegender Form über ihre Schicksale berichtet.

'Women's Rights are Human Rights' - auf den ersten Blick erscheint dies als eine Selbstverständlichkeit. Dahinter verbirgt sich eine Reihe von spezifischen Problemen: Die gezielte Tötung von weiblichen Föten, die Ermordung von Mädchen und Ehefrauen, die in manchen Ländern kaum geahndet wird oder sexuelle Gewalt und insbesondere Vergewaltigung in kriegerischen Konflikten. Menschenhandel und Prostitution sind Gewaltformen, unter denen fast ausschließlich Frauen leiden. Frauen und Kinder machen auch den größten Teil des weltweiten Flüchtlingsstroms aus. Die überproportional hohe Analphabetenrate von Frauen zeigt, daß Mädchen das Recht auf Schulbildung nicht in gleichem Maße gewährt wird wie Jungen. Hinzu kommen die Defizite, die im Hinblick auf eine volle Teilhabe im Wirtschafts- und gesellschaftlichen Leben bestehen. Es ist ein Verdienst der NGO's, hier Aufklärungsarbeit geleistet zu haben.

Ernüchternd muß festgestellt werden, daß der große Aufbruch zur Fortentwicklung des internationalen Menschenrechtsinstrumentariums und zur Stärkung der Durchsetzungsmechanismen auf dieser Weltmensenrechtskonferenz wohl nicht erreichbar ist. Die Hauptforderungen müssen im weiteren Konferenzverlauf konsequent weiter verfolgt werden: Schaffung eines Hochkommissariats für Menschenrechte, Einrichtung eines internationalen Gerichtshofes für Menschenrechte, Einrichtung eines Stragerichtshofs und die Forderung nach einem Sonderbeauftragten für frauenspezifische Menschenrechtsverletzungen mit einem dazugehörigen Durchsetzungsprogramm.

{-/21. Juni 1993/rs/fr}

Arbeitszeitverlängerung schafft Arbeitslosigkeit **Zu den Forderungen von Ministerpräsidenten, länger zu arbeiten**

Von Margitta Terborg MdB

Derzeit gibt es nur wenige Ministerpräsidenten, die nicht einer Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit für Beamte das Wort reden würden. Den Anfang machte man mit den Lehrern, da schien es den Bürgern ja noch einsichtig. Aber jetzt ist eine Dimension erreicht worden, die unweigerlich die Frage aufwirft: wie halten wir es denn mit der Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst? Kündigen die Ministerpräsidenten jetzt auch deren Tarife? Eigentlich müßten sie kündigen, denn kein Dienstherr verkraftet eine Situation, in der ein Teil seiner Beschäftigten um 16.00 Uhr nachhause strebt und der andere Teil per Order de mufti zur Weiterarbeit gezwungen wird.

Ich gehe mal davon aus, daß sich die Ministerpräsidenten hüten werden, den Tarifvertrag über die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst zu kündigen. Da sie aber auch ihr Gesicht wahren müssen, wird vorerst einmal unterschiedliches Arbeitszeitrecht gesetzt. Die Ministerpräsidenten werden darauf abheben, daß die Beamten seit Jahren von all jenen Zumutungen freigestellt wurden, die man die Arbeitern und Angestellten in den öffentlichen Verwaltungen per Gesetz zugemutet hat. Beispielsweise die Belastungen über Sozialabgaben, die längst über den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zur Zwangssteuer denaturiert sind.

Bleibt die fesselnde Frage: was hat die Arbeitszeit damit zu tun? Der Müllwerker, der Amtsbote, die Schreibkraft (so heißt es ja noch immer), müssen löhnen. Wenn die jetzige Strafexpedition der Ministerpräsidenten gegen die Beamten einen Sinn macht, müßten sie ja unterstellen, daß die Arbeiter und Angestellten ihrer Verwaltung diese Belastung durch Mehrarbeit im privaten Sektor (sprich: Schattenwirtschaft) substituiert haben.

Einen solchen Verdacht werden die Damen und Herren Ministerpräsidenten weit von sich weisen. Damit stehen sie allerdings vor einem dreifachen Erklärungsdruck: Erstens müßten sie die Arbeitszeitverlängerung für Beamte neu rechtfertigen. Zweitens müßten sie eingestehen, daß ihnen die Kosten - nicht die Arbeitszeit - der öffentlich Beschäftigten über den Kopf gewachsen sind. Drittens müßten sie zugeben, daß ihnen Arbeitslose, die der Bundeskasse zur Last fallen, lieber sind als Defizite im eigenen Haushalt.

Das wäre wenigstens ehrlich und würde zu den richtigen Fragestellungen führen.

Nämlich: der Umbau von der Primärwirtschaft in die Industriegesellschaft war zwar schmerzhaft, aber zu bewältigen. Die Industrie hatte Arbeitsplätze zuhauf für alle, die im Bergbau, in der Landwirtschaft, ja auch in der Stahlindustrie überflüssig geworden waren. Der Umbau von der Industriegesellschaft in die Dienstleistungsgesellschaft funktionierte auch noch leidlich. Denn im Dienstleistungssektor (Bund, Länder und Gemeinden eingeschlossen) entstanden Arbeitsplätze, die in der Produktion weggefallen waren.

Jetzt, so sagen uns die ökonomischen Weissager der Nation, befänden wir uns im Übergang zur Kommunikationsgesellschaft. Irgendetwas funktioniert da allerdings nicht. Im Primärsektor werden Arbeitsplätze abgebaut, zu Zehntausenden. Im Industriesektor werden Arbeitsplätze

abgebaut, zu Hunderttausenden. Im Dienstleistungssektor werden Arbeitsplätze abgebaut oder nicht wieder besetzt (siehe Post und Bahn) und das summiert sich wieder zu Hunderttausenden. Im Kommunikationssektor findet eine "Flurbereinigung" statt. Was im Klartext heißt, daß auch dort keine neuen Arbeitsplätze entstehen. Im Ökologiebereich entstehen nur zögernd neue Arbeitsplätze, weil Bonns Regierung im trauten Techtelmechtel mit der Industrie das verhindert.

Für die Arbeitslosen nur Mitgefühl

Was also machen wir mit den mittlerweile fünf Millionen Arbeitslosen (man darf sich von den öffentlichen Statistiken nicht täuschen lassen)? Wir versichern Ihnen unser Mitgefühl.

Und spornen alle die an, die noch einen Arbeitsplatz haben, mehr zu arbeiten. Damit noch mehr Arbeitslose entstehen. Die Älteren haben wir in Problembranchen längst mit Lebensalter 55 aus dem Arbeitsprozeß gekegelt. Den "Arbeitsplatzbesitzern" (welch schreckliches Wort!) muten wir auf Ihrem derzeitigen Arbeitsplatz eine Stunde Mehrarbeit zu. Weil wir offensichtlich lieber die Polizei mit verlängerter Arbeitszeit gegen die Jugendlichen einsetzen, die überhaupt keine Arbeit, keine Zukunftshoffnung, haben und deshalb Randalen machen.

Irgendwann habe ich mal gelehrt bekommen, daß die Wirtschaft eines Landes von seiner Binnen- und seiner Außenkonjunktur abhängt. Die Außenwirtschaft, so hat man mir erläutert, hänge von der Qualität der Produkte, vom Service und von den Währungsparitäten ab. Die Lohnkosten- oder Lohnnebenkostenrate spiele bei den Produkten, die wir anbieten, eine eher marginale Rolle. Denn die Bundesrepublik exportiere ja nicht en masse Konsumartikel, sondern Maschinen und technisches Gerät.

Die Binnenkonjunktur, so hat man mir verklickert, sei eine Frage der Binnenkaufkraft. Um mir das zu verdeutlichen, hat man den alten Auto-Giganten Ford bemüht. Er habe, so verdeutlichte man mir, sorgfältig darauf geachtet, daß seine Arbeiter auch das Automobil erwerben konnten, das sie selbst hergestellt hatten. Ford hat meines Wissens nie auf den Export gesetzt - und hatte dennoch einen Riesenerfolg. Seine Erkenntnis muß in den letzten Jahrzehnten verloren gegangen sein.

Der Exportmarkt der Bundesrepublik ist geschrumpft. Er wird weiter schrumpfen, je öbler sich die Rechtsradikalen in unserer Republik breit machen dürfen. Unser Binnenmarkt schrumpft seit Jahren. Durch die Steuer- und Abgabenpolitik dieser Regierung. Es ist geradezu abenteuerlich, daß in dieser Situation Kanzler und Wirtschaftsminister der Republik Verzicht predigen.

Darf ich mal mit meinem Laienverstand Nachhilfe leisten: die Rentner haben in den letzten zehn Jahren durch den Konsum zugunsten ihrer Kinder und Enkel die Binnenwirtschaftsflaute gemildert. Daß sie dies konnten, machte sie glücklich. Ich fürchte, noch nicht einmal Sozialdemokraten wissen noch, daß der erste sozialdemokratische Arbeits- und Sozialminister, Walter Arendt, dafür die Weichen gestellt hatte.

Die Konjunkturzyklen erreichen uns seither nur in abgefedelter Form. Weil Kaufkraft dank der Rentenformel vorhanden war. Das will man und das wird man ändern.

Daß Kanzler und Wirtschaftsminister derlei Erkenntnisse ignorieren und eine neue Verzichtsethik zur Staatsmaxime erklären, kann ich ja fast noch begreifen. Die Herren sind halt so, wie sie sind. Bei unseren Damen und Herren Ministerpräsidenten setzt mein Verständnis aus. Ich hätte sie allesamt für klüger gehalten.

(-/21. Juni 1993/rs/tr)
